

Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos

Lokale Konflikt- und Protest- dynamiken – Erfahrungen aus der Gemeinwesenberatung

Daniel Krüger, Martin Schubert

Praxismonitoring
Praxisprojekte im Profil



Im Land Brandenburg – wie auch insgesamt in Deutschland – erlebten wir ab 2020 verschiedene Phasen des Protests gegen die Corona-Politik, in dem Konflikte in der Straßenöffentlichkeit artikuliert wurden. Insbesondere in der Phase ab dem Herbst 2021 nahm die Zahl von Protestveranstaltungen in der Fläche des Landes, auch in kleinen Orten, zu und zugleich waren heterogene Akteursgruppen, Protestformen und -botschaften wahrnehmbar. Diskursiv wurde die Mobilisierung in dieser Phase durch die Debatte um eine Impfpflicht verstärkt – Konflikte bestanden damit vielfach individuell und im Weiteren lokal, wenn sich vor Ort genügend Menschen zusammenfanden. Soweit äußerlich erkennbar, bildete sich, zum Beispiel im Hinblick auf Alter und Geschlecht, ein sozial differenziertes Spektrum der Protestierenden ab. Soweit als Eigenbeschreibung mitgeteilt, war ein Spektrum politischer Einstellungen vertreten – verbindend war eine starke Polarisierung des Protests. Ebenso erschienen verschiedene Motive des Protests: von der Möglichkeit der öffentlichen Artikulation über Gemeinschaftserleben bis zur kampagnenartigen Mobilisierung gegen „das System“. Rechtsextremistische Akteur*innen prägten in einigen Orten, wenngleich nicht flächendeckend, die Proteste und durch deren Organisation, Steuerung und Deutung die mediale und politische Wahrnehmung.

Wir möchten in unserem Beitrag aus unserer Beratungspraxis einige Einschätzungen zu den Corona-Protesten der vergangenen Jahre teilen. Diese Erfahrungen basieren auf unserer Arbeit im Land Brandenburg. Unser Arbeitsfeld ist die Gemeinwesenberatung mit den Schwerpunkten Rechtsextremismusprävention und Demokratientwicklung. Die Mobilen Beratungsteams (MBT) des Instituts demos beraten seit 30 Jahren in den Kommunen Verwaltungen, Politik, zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Bürger*innen zu ihren Fragen in dem Themenfeld. Entsprechend ist die Bearbeitung kommunaler Konflikte ein Kernthema der Beratungstätigkeit.

Eine doppelte Herausforderung in unserem Arbeitsauftrag und grundsätzlich in der Betrachtung eines dynamischen Protestgeschehens ist, sowohl das Wirken rechtsextremistischer Akteur*innen und rechtsextremistisch geprägter Diskurse in den Blick zu nehmen als auch Protest als einen öffentlichen Aushandlungsprozess in einer demokratischen Gesellschaft zu verstehen. Ein Arbeitsansatz der brandenburgischen MBT im Sinne einer kommunalen Konfliktbearbeitung besteht darin, einen Schwerpunkt auf die Kommunikation im Gemeinwesen zu legen. Dieser Ansatz

zielt darauf, nicht symbolpolitisch und medial vermittelt in polarisierten Protestsituationen zu kommunizieren, sondern kleinteilig, in konkreten sozialen Zusammenhängen mit Menschen über ihre Vorstellungen, Erfahrungen und Frustrationen ins Gespräch zu kommen. Damit werden Artikulationsmöglichkeiten geschaffen, das Kommunikationsklima selbst kommt in den Blick und die Vielfalt von Meinungen wird wahrnehmbar. Wir konnten in solchen Fällen beraten und moderieren, mussten aber auch die Grenzen dessen erkennen.

Protestdynamik im Winter 2021/22

Von dieser Praxis ausgehend, wollen wir im Folgenden unsere Perspektive auf kommunale Konflikte im Zusammenhang mit Corona-Pandemie und -Politik darlegen. Wir erläutern die Dynamik öffentlicher Proteste anhand der Einflussfaktoren Protestmanager*innen, medial vermittelter Diskurs, unmittelbarer Konflikt und Spektakel sowie die begrenzten Möglichkeiten eines kommunalen Umgangs damit.

Was meinen wir mit dem Begriff „Protestdynamik“? Die Kurve in Abb. 1 zeigt die zahlenmäßige Entwicklung der Corona-Proteste im Land Brandenburg 2020/21. Die Forscher*innen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle haben die Proteste beobachtet und – insbesondere im Hinblick auf die Rolle der extremen Rechten – analysiert (Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, 2022). Sie schätzen den Umfang der Proteste insgesamt als ein „Superlativ für die Protestkultur in der Geschichte des Bundeslandes Brandenburg“ ein (ebd. S. 3). In dem Protestgeschehen war mit einem „Abendspaziergang“ in Cottbus am 18. Dezember 2021 und mindestens 4.000 Teilnehmer*innen auch „die bislang größte von Rechts-extremen organisierte und gestaltete Demonstration in der Geschichte des Bundeslandes“ zu verzeichnen (ebd. S. 3).

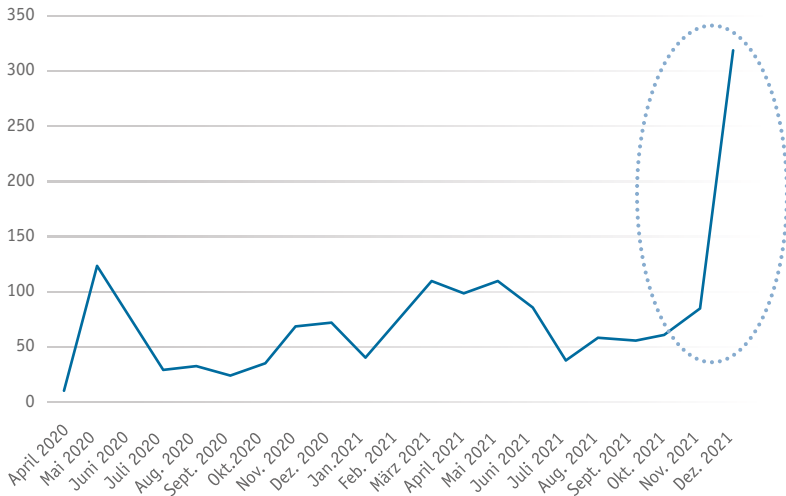


Abbildung 1: Anzahl der Aktionen im Rahmen der brandenburgischen Corona-Proteste, April 2020–Dezember 2021 (Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, 2022, S. 5; Bearbeitung durch die Autoren)

Fortgesetzt würde die Kurve im Januar 2022 weiter steigen, auf dem hohen Niveau stagnieren und dann im Februar/März 2022 – einhergehend mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine – einbrechen. Von einer besonderen Protestdynamik sprechen wir hier insbesondere für den Zeitraum Ende 2021/Anfang 2022.

Aus unseren (begrenzten) Beobachtungen ergab sich ein differenziertes Bild der Proteste. Der diskursive Antrieb der Proteste war gemeinhin die politische und mediale Debatte um eine Impfpflicht. Nach unseren Eindrücken war die Altersspanne der Teilnehmer*innen größer und das Geschlechterverhältnis ausgeglichener – im Unterschied etwa zu früheren PEGIDA-ähnlichen Protesten. Versammlungen fanden landesweit in Größenordnungen von niedrig dreistellig bis zu mehreren Tausend Teilnehmer*innen statt.

Wir erlebten Veranstaltungen, die von rechtsextremistischen Akteur*innen wie dem III. Weg organisiert wurden und über die eigene Szene hinaus mobilisierten. Wir konnten sehen, wie beispielsweise die NPD mit Transparenten ihrer „Gegengift“-Kampagne versuchte, die Außenwirkung von Versammlungen anderer Akteur*innen zu prägen. Wir hatten auch Versammlungen, in denen kleinere Gruppen von Menschen mit Kerzen auf

dem Marktplatz ihrer Stadt standen und Westernhagens „Freiheit“ sangen – was zuweilen wie ein Ersatz für abgesagte Weihnachtsmärkte wirkte.

Es gab eine hohe Mobilisierung rechtsextremistischer Akteur*innen, unter Anhänger*innen der AfD, in verschwörungsgläubigen Szenen – die politische Herkunft der Protest-Teilnehmer*innen war allerdings breiter. Entsprechend trafen verschiedene Motive zu protestieren zusammen. Instrumenteller Art waren die Versuche, das Konfliktpotenzial aufzugreifen, um die Systemfrage zu stellen. Persönliche Betroffenheit bezog sich zum Beispiel auf die Frage der Impfentscheidung und den empfundenen Druck. Emotional waren Frust über Einschränkungen des eigenen Lebens und Ohnmacht gegenüber abstraktem Verwaltungshandeln die Themen. Politisch ging es sowohl um eine grundsätzliche Ablehnung der Demokratie als auch um die Kritik an der Einschränkung von Freiheiten. Und schließlich gab es auch die Möglichkeit, sein egozentrisches Weltbild mit einem Schild zu präsentieren.

Es ist ein Merkmal solcher Protestdynamiken, dass sie verschiedene, auch widersprüchliche Motivlagen verbinden. Die Protestierenden einte eine grundsätzliche Ablehnung der Corona-Politik, der Entscheidungsträger*innen wie auch des Verhaltens der Mehrheitsgesellschaft.

Entstehung von Protestdynamiken

Zur Beschreibung des Entstehens von Protestdynamiken vor Ort nutzen wir ein einfaches Modell mit vier Einflussfaktoren: 1. Protestmanager*innen, 2. Medial vermittelter Diskurs zum Thema, 3. Unmittelbarer Konflikt und 4. Spektakel. Das Modell erhebt nicht den Anspruch einer besonderen theoretischen Fundierung; es ist aus Erfahrungen mit der Protestwelle ab 2014 im Zusammenhang mit der Aufnahme geflüchteter Menschen, der Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften und der Asylpolitik entstanden (vgl. Krüger, 2021). Mit den Einflussfaktoren ist gemeint:

- 1. Protestmanager*innen:** Jeder Protest braucht jemanden, der oder die ihn organisiert und mindestens Ort, Zeit und Anlass einer Versammlung bestimmt. Ansprechpersonen, Inhalte, Programm, Kommunikation

und Mobilisierung werden gebraucht. Protestmanager*innen machen ein Angebot. Auf Basis ihrer jeweiligen Erfahrungen und Ziele schaffen sie Gelegenheiten. Ihr Image, ihre politische Agenda und ihre soziale Verankerung vor Ort beeinflussen ihre Wirkung. Professionalisierte Protestmanager*innen sind dabei in der Regel wirkungsvoller, die Wahrnehmung des Protests zu prägen.

2. **Medial vermittelter Diskurs:** Ein konflikthaltiges Thema mit hoher massenmedialer Präsenz bietet die thematische Rahmung. Eine omni-präsente Mediendebatte im Fernsehen, in Print- und in Onlinemedien sowie über Social-Media-Kanäle gibt dem Thema eine Bedeutung, an der man nicht vorbeikommt. Sie zwingt zur eigenen Positionierung. Alarmistische Stimmungen in der Debatte bewirken eine stärkere Polarisierung der Meinungsbildung.
3. **Unmittelbarer Konflikt:** Ein starkes individuelles Motiv für Protest ist – neben den politischen Überzeugungen – die persönliche Betroffenheit. Negativ empfundene Eingriffe in das soziale Umfeld oder die eigenen Lebensumstände können einen Widerstand erzeugen. Greifbare Veränderungen wie auch Zukunftsprojektionen schlagen sich in Meinungspolarisierungen in den sozialen Beziehungen nieder. Ein Konflikt, von dem sich Menschen unterschiedlicher sozialer Milieus betroffen sehen, kann eine größere Mobilisierungskraft entfalten.
4. **Spektakel:** Wenn hohe mediale Aufmerksamkeit den Protest selbst zum Thema macht, wenn er Event-Charakter bekommt, entsteht ein Spektakel, das die Dynamik bestärkt. Im Protest erlebt man soziale Beziehungen mit Gleichgesinnten in Abgrenzung zu anderen Gruppen, und in den Kommunikationsblasen der Akteur*innen steigern sich Wirkungsfantasien. Diese Art der Verselbstständigung hat einen zusätzlichen mobilisierenden Effekt.

Wo die Faktoren zusammentreffen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für ein dynamisches Protestgeschehen auf der Straße, das über bekannte Protestmilieus hinausreicht, mit regelmäßigen Veranstaltungen, relativ vielen Teilnehmer*innen an relativ vielen Orten sowie einer eher heterogenen Zusammensetzung des Publikums. Eine solche Protestdynamik wie Ende 2021/Anfang 2022 hat aber auch eine zeitliche Grenze. Die Zahl

der potenziellen Teilnehmer*innen ist endlich. Wenn sie stagniert oder zurückgeht, geht ein Aspekt des Spektakels verloren. Ebenso hat Einfluss, wenn postulierte Ziele absehbar nicht verwirklicht werden, wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf andere Themen verschiebt oder wenn sich Konflikte und deren Wahrnehmung ändern.

Im Winter 2021/22 konnten wir beobachten, dass die genannten Faktoren zusammenwirkten. Ein stark polarisierter Konflikt, um den man ab dem Herbst 2021 nicht herumkam, war – nach anderthalb Jahren Corona-Thematisierung – die politische Debatte um eine Impfpflicht, sowohl allgemein als auch einrichtungsbezogen. Damit war für einen Teil der Bürger*innen gleichermaßen ein greifbarer Konflikt vorhanden, zwischen der diskutierten Impfpflicht und der eigenen Ablehnung einer Impfung beziehungsweise dem Wunsch nach Entscheidungsfreiheit. Seit dem Frühjahr 2020 hatten Protestmanager*innen mit unterschiedlichem Mobilisierungspotenzial für eine Kontinuität des Straßenprotests gesorgt. Hinzu kamen lokal weitere Organisator*innen, die in der Dynamik motiviert waren, den Protest selbst in die Hand zu nehmen. Professionalisierte Protestmanager*innen nutzen Möglichkeiten von Aufmerksamkeitsökonomie und Kampagnenpolitik, um Protest mit Polarisierungen, Emotionalisierungen und Pauschalisierungen zu inszenieren.

Perspektiven auf Protest

Eine überregionale Protestdynamik kann sich vor Ort spezifisch darstellen. Ebenso sind die Perspektiven auf das Geschehen unterschiedlich.

Wir haben eingangs kurz unseren Arbeitsansatz umrissen, weil dies die Frage berührt, welche Perspektive wir auf Proteste einnehmen. Abgesehen von der regionalen Perspektive auf Brandenburg arbeiten wir in konkreten Gemeinwesen. Das heißt, wir setzen uns mit jeweils spezifischen Situationen vor Ort, mit Akteur*innen, mit sozialen Beziehungen auseinander. Hinzu kommt, dass unsere Arbeit eine wesentliche Voraussetzung hat: Menschen, die beraten werden wollen. Sie wirken vor Ort. Das heißt, wir nehmen in unserer Arbeit ihre

Perspektiven, Einschätzungen, Fragen, Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten in den Blick. Unsere Beratung nimmt also bestenfalls verschiedene Perspektiven auf.

Nach unserer Erfahrung sind diese verschiedenen Perspektiven der Akteur*innen in unserem Arbeitsfeld – wenig überraschend – immer auch rollenabhängig. Die Perspektive der politischen Gegnerschaft beispielsweise kann eine andere sein als die, eine kommunale Verwaltung am Laufen zu halten, oder die, den sozialen Frieden im Gemeinwesen bewahren zu wollen. Für den Umgang mit der Protestdynamik vor Ort ist es wichtig, diese Multiperspektivität wahr- und aufzunehmen. Die einzelnen Perspektiven konnten der Komplexität des Corona-Protestgeschehens nicht gerecht werden. Bestenfalls ließen sich aber aus der Diskussion der Wahrnehmungen Wirkungen der Proteste erkennen.

Aus unserer beraterischen Erfahrung ging es in den Gemeinwesen im Wesentlichen um zwei Wirkungslinien im Kontext der Corona-Proteste:

1. Ein wiederkehrendes Motiv der Proteste war die personalisierte System-Gegnerschaft, zum Beispiel zu bestimmten Bundes- und Landespolitiker*innen und Wissenschaftler*innen. Die Feindseligkeit blieb nicht nur symbolisch, sondern wurde teils auch praktisch. Aggressivität, Anfeindungen und teils Angriffe richteten sich im Weiteren auch gegen Kommunalpolitiker*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen, Journalist*innen oder Menschen, die maßnahmenkonformes Verhalten einforderten.
2. Die Proteste nahmen eine Meinungspolarisierung auf und verstärkten sie. Diese Polarisierung – auch über konkrete Versammlungen hinaus – zog sich gerade in kleineren Gemeinwesen durch Familien, Freundeskreise oder Arbeitskontexte. Sie stellte eine massive Störung der Kommunikation und der sozialen Beziehungen dar.

Dabei zeigte sich auch, dass die öffentlich breit debattierte Frage der Radikalisierung – im Sinne eines Radikalisierungsprozesses – weniger von Interesse war. Zum einen erscheint der Begriff der Radikalisierung alltags-sprachlich eher als medial vermitteltes Erklärungsmuster, etwas schwammig, wenig fundiert und wenig Erkenntnis bringend. Zum anderen bedingt

die zeitliche Unmittelbarkeit der Auseinandersetzung mit Protest, dass man in der Regel nicht auf Entstehungsprozesse schaut, sondern sich vielmehr mit dem Hier und Jetzt befasst. Praktisch war damit das Thema nicht Radikalisierung, sondern Radikalität und ihre Wirkungen.

Darüber hinaus ließ sich die Frage der Radikalisierung auch phänomenbezogen schwer fassen. Rechtsextremistische Akteur*innen spielten in Teilen der Corona-Proteste eine wesentliche Rolle in der Organisation und Steuerung. Sie prägten mit ihren öffentlichen Botschaften deren Wahrnehmung. Gleichzeitig erschien die Zusammensetzung einer Vielzahl von Versammlungen überwiegend bürgerlich geprägt, ohne Zugehörigkeit zu extremistischen Gruppierungen. Eine vermehrte Hinwendung zu rechtsextremistischen Akteur*innen ließ sich aus der Protestteilnahme nicht ableiten. Gleichwohl sah sich die Brandenburger Polizei bei Corona-Protesten neben gewaltfreien Versammlungen an anderen Stellen mit Widerstandshandlungen und einer großen Aggressivität konfrontiert. Die Schwierigkeiten der Zuordnung spiegeln sich auch statistisch in den brandenburgischen Zahlen zur „Politisch Motivierten Kriminalität“ für 2021 wider. Die Zahl der erfassten Straftaten stieg um 63 Prozent. Straftaten im Zusammenhang mit dem Corona-Thema finden sich insbesondere in der Kategorie „keinem Phänomenbereich zuordenbar“. Für diesen Bereich wurde ein Plus von 393 Prozent erfasst (MIK, 2022).

Handlungsmöglichkeiten in Kommunen

Was ließ sich aus unserer Erfahrung in den Kommunen im Umgang mit den Corona-Protesten tun?

Protest auf der Straße hat einen konkreten Ort, lässt sich aber im Sozialraum nur begrenzt bearbeiten. Betrachten wir die oben genannten Einflussfaktoren auf Protestdynamiken, erschließt sich daraus auch ein Rahmen kommunaler Handlungsmöglichkeiten. Ein übergeordneter massenmedialer Diskurs lässt sich durch Akteur*innen vor Ort kaum beeinflussen. Die Möglichkeiten, mit Protestmanager*innen ins Gespräch zu kommen, sind gering. Bei rechtsextremistischen Akteur*innen ist vielmehr eine Grenze zu ziehen. Dem Spektakel einer Protestdynamik lässt sich ebenfalls kaum von

außen seine Attraktivität nehmen. Ansatzpunkte bietet auf kommunaler Ebene allenfalls die Bearbeitung des unmittelbaren Konflikts. Bezogen auf die Corona-Proteste und die bundespolitische Debatte um eine Impfpflicht, waren allerdings auch hier die Handlungsmöglichkeiten vor Ort gering. Mehr als das Protestgeschehen selbst machten jedoch dessen Wirkungen ein Handeln notwendig, und hier boten sich auch Möglichkeiten einer konstruktiven Auseinandersetzung, insbesondere in der Kommunikation.

In unserer Beratungstätigkeit nehmen wir die Bedarfe unserer Beratungsnehmer*innen auf. Entsprechend waren unsere Arbeitsschwerpunkte orientiert an den oben skizzierten Wirkungslinien der Corona-Proteste. Zum einen ging es also um die Unterstützung von Akteur*innen, Stärkung und Handlungssicherheit im Umgang mit erfahrenen oder erwarteten Feindseligkeiten zu erlangen. MBT-Kolleg*innen berieten zum Beispiel Mitarbeiter*innen von Impfzentren oder medizinischen Einrichtungen. Zum anderen unterstützten wir kommunikative Formate in konkreten sozialen Zusammenhängen, die das Ziel hatten, über Konflikte miteinander zu sprechen sowie Erfahrungen und Emotionen aller Beteiligten einen Raum zu geben. Darüber hinaus kam in einem Fall ein Versammlungsorganisator auf Berater des MBT mit dem Anliegen zu, sich von Rechtsextremist*innen abgrenzen zu wollen. Zum Arbeitsfeld der Unterstützung von Kommunikation wollen wir abschließend ein Fallbeispiel darstellen.

Die Kommunikation im politisch und emotional aufgeladenen Umfeld eines Protests gestaltet sich in der Regel schwierig. Das ist erwartbar, insofern Protest die Eigenschaften hat, laut, konfrontativ und zuspitzend zu sein. Unser Vorschlag an Beratungsnehmer*innen ist, andere Gesprächssituationen zu suchen und zu schaffen, in bestehenden sozialen Zusammenhängen und basierend auf diesen Beziehungen Konfliktthemen anzusprechen. In unserem Fallbeispiel kam eine Führungskraft einer kommunalen Verwaltung auf das MBT zu. In der Kommune fanden regelmäßig Corona-„Montagsspaziergänge“ mit einer dreistelligen Teilnehmer*innenzahl statt. Die Führungskraft beschrieb die Situation unter den Mitarbeiter*innen der Verwaltung als kommunikativ angespannt und bezogen auf die individuellen und beruflichen Pandemie-Erfahrungen sowie die Corona-Proteste zunehmend polarisiert. In der Beratung entwickelten wir gemeinsam das Format von offenen Gesprächsrunden für Verwaltungsmitarbeiter*innen, um über Probleme, Frustrationen und

kritische Sichtweisen zu reden. Die Verwaltung selbst machte den Raum dafür möglich; das MBT bot den Anlass für das Gespräch und moderierte.

Wir führten mehrere dieser Gesprächsrunden durch, die auf einen Redebedarf trafen. Die Beziehungen untereinander und der geteilte Arbeitsalltag bildeten eine Grundlage dafür, sich „Luft zu machen“, Spannungen abzubauen und sich gegenseitig zuzuhören. Die Teilnehmer*innen berichteten sich von ihren Erfahrungen mit schwierigen Bürger*innen, von ihren Arbeitsbelastungen in der Pandemie-Zeit, von individuellen Herausforderungen im Alltag, vom Druck durch neue und immer wieder drängende Anforderungen, vom Abwägen zwischen formalen Vorgaben und Lebensrealität, auch von Ängsten sowohl der Impfbefürworter*innen als auch der -gegner*innen. Einige Gesprächsteilnehmer*innen übten Kritik an politischen Entscheidungen und daraus folgenden, nicht immer verständlichen und vermittelbaren Vorgaben durch Gesetze und Verordnungen. Begründet war dies mit den individuellen Folgen, Erfahrungen und Einschränkungen.

Bemerkenswert für uns war zum einen, dass die Verwaltungsmitarbeiter*innen einen positiven Konsens darin fanden, sich selbst wertzuschätzen, weil ihr hoher individueller Einsatz und die Zusammenarbeit in ihren Teams dazu beigetragen hatten, mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie zurechtzukommen. Zum anderen betrafen die Kritikpunkte im Kern eine Reihe von Themen, die sich in allen Organisationen finden lassen, die allerdings in Krisenzeiten deutlicher hervortreten: die empfundenen Defizite im Vertrauen, in der Wertschätzung, der Kommunikation und der Transparenz. Daran kann man arbeiten.